

NRW-Linke vorerst weiter unter Beobachtung

25.11.2010, 17:03 Uhr | DAPD



Düsseldorf (dapd-nrw). Die Beobachtung der nordrhein-westfälischen Linkspartei durch den NRW-Verfassungsschutz läuft vorerst weiter. Grund für die Beobachtung sei, dass die Partei "extremistische Zusammenschlüsse" in ihren Reihen zulasse, sagte die Chefin der NRW-Verfassungsschutzbehörde, Mathilde Koller, am Donnerstag im Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags.

Außerdem halte die Partei Kontakte zu extremistischen Organisationen im In- und Ausland. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz sei keine politische, sondern eine juristische Frage. Sollte sich die NRW-Linke von ihren extremistischen

Tendenzen lösen, sei eine Ende der Beobachtung möglich.

REGIONALE NACHRICHTEN

- [Foto-Serie: Nordrhein-Westfalen in Bildern](#)
- [Alle Meldungen aus Nordrhein-Westfalen](#)
- [Das Wetter in Nordrhein-Westfalen](#)
- [Polizeimeldungen aus Nordrhein-Westfalen](#)
- [Startseite Nordrhein-Westfalen](#)

Während CDU und FDP die Einschätzungen Kollers lobten, sprach Linke-Fraktionsvize Rüdiger Sagel von "fadenscheinigen Begründungen". Zu einem Eklat kam es bei der Ausschusssitzung, als Sagel der NRW-CDU eine NS-Vergangenheit vorwarf. Die CDU-Landtagsabgeordnete Andrea Verpoorten zeigte sich empört über den Vorwurf und kündigte eine juristische Überprüfung der Vorwürfe an. Sagel hatte im vergangenen Jahr bei dem Historiker Michael Klepsch eine Studie zur NS-Vergangenheit nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter in Auftrag gegeben. Demnach waren in der Geschichte des Landtags mehr als 40 Abgeordnete der bürgerlichen Parteien CDU und FDP zwischen 1933 und 1945 Mitglied in der NSDAP oder parteinaher Organisationen wie der SS oder der SA gewesen.

Im jüngsten Halbjahresbericht des NRW-Verfassungsschutzes war die Linkspartei erneut erwähnt worden. Die rot-grüne Minderheitsregierung arbeitet aber im Düsseldorfer Landtag mit der Linksfraktion zusammen. Bei wichtigen Gesetzesvorhaben setzt sie auf eine Enthaltung der Linke-Abgeordneten.

Im Zwischenbericht des Verfassungsschutzes heißt es, anhand des Programms zur Landtagswahl habe sich gezeigt, "wie sehr sich der antikapitalistische Teil der Partei, unter maßgeblichem Einfluss der extremistischen Strömungen" durchgesetzt habe. Bei der Landtagswahl am 9. Mai war die Linke mit 5,6 Prozent der Stimmen erstmals in Fraktionsstärke in den Düsseldorfer Landtag eingezogen. In den meisten Bundesländern wird die Linke nicht beobachtet.

DAPD

© Deutsche Telekom AG 2010